



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 33. Sitzung des Finanzausschusses der Stadt
Eberswalde
am 10.05.2012, 18:00 Uhr,
im Rathauspassage Eberswalde, Konferenzraum, 3. Etage, Breite Straße 39,
16225 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 32. Sitzung des Finanzausschusses der Stadt Eberswalde vom 12.04.2012
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
 - 7.1 Bericht des Geschäftsführers der TWE
 - 7.2 Information zum Stand der Vollstreckung
 - 7.3 Information zu Ziele/Kennzahlen (welche Möglichkeiten?)
8. Informationsvorlagen
9. Anfragen u. Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten u. sachk. Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP u. den Beauftragten gemäß Hauptsatzung
10. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

10.1 **Vorlage:** BV/760/2012

Einreicher

zuständige Dienststelle: 20 - Kämmerei

Satzung zum Bürgerhaushalt der Stadt Eberswalde

10.2 **Vorlage:** BV/775/2012

Einreicher

zuständige Dienststelle: 60 – Amt für Hochbau
und Gebäudewirtschaft

***Errichtung eines Nahwärmesystems im Zoo - Genehmigung von überplanmäßigen
Haushaltsmitteln**

TOP 1

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Herr Passoke, eröffnet die 33. Sitzung des Finanzausschusses um 18:00 Uhr.

TOP 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Passoke stellt fest

- form- und fristgerecht eingeladen
- Finanzausschuss beschlussfähig
- 9 Mitglieder anwesend
- keine Einwendungen

TOP 3

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 32. Sitzung des Finanzausschusses der Stadt Eberswalde vom 12.04.2012

Abstimmung der Niederschrift: einstimmig befürwortet

TOP 4

Feststellung der Tagesordnung

- Herr Passoke

- . die BV/775/2012 „Errichtung eines Nahwärmesystems im Zoo – Genehmigung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln“ wurde dem Finanzausschuss als dringende Vorlage zur Befürwortung vorgelegt

- Herr Landmann

- . begründet die Eilbedürftigkeit dieser Beschlussvorlage

- für Herrn Nerbe

- . ist die Eilbedürftigkeit nicht erkennbar
- . dieses Problem ist bereits länger bekannt
- . Fördermittel sollten dafür ebenfalls beantragt werden, wenn vorzeitig mit der Maßnahme begonnen wird, könnten diese evtl. wegfallen

- Herr Passoke

- . kennt das Problem bereits aus dem Zoobeirat
- . er sieht die Dringlichkeit und bittet um Aufnahme in die Tagesordnung

Abstimmung: mit 7 dafür und 2 Enthaltung - mehrheitlich befürwortet –
wird die BV/775/2012 als Punkt 10.2 in die Tagesordnung aufgenommen

- Herr Passoke

- . teilt mit, dass der Punkt 7.3 „Information zu Ziele/Kennzahlen (welche Möglichkeiten?)“ als Information aus der Stadtverwaltung von der Tagesordnung genommen wird und in der nächsten Sitzung informiert wird

Abstimmung der Tagesordnung mit den Änderung: einstimmig befürwortet

TOP 5

Informationen des Vorsitzenden

- keine

TOP 6

Einwohnerfragestunde

- keine

TOP 7

Informationen aus der Stadtverwaltung

- Herr Gatzlaff

- . bedankt sich bei allen Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern für die gute Zusammenarbeit
- . nach seinem Besuch in Eisenhüttenstadt und Teilnahme am dortigen Hauptausschuss musste er feststellen, dass es dort an einer guten Zusammenarbeit fehlt, gerade deshalb ein Kompliment an die Eberswalder Stadtverordneten und sachkundigen Einwohner
- . Grund des Besuches in Eisenhüttenstadt: die Stadt hat ein strukturelles Defizit von 6 – 7 Mio. und versucht den Haushalt damit auszugleichen, indem sie die Pflichtaufgaben nach Weisung, die ihr übertragen wurde, an den Landkreis abgibt (u. a. auch das Bauordnungsamt)
- . wenn Eisenhüttenstadt den Status große kreisangehörige Stadt nicht mehr hat, könnte das evtl. auch Auswirkungen auf Eberswalde haben

- teilt mit

- . die Stadtverwaltung hat die Lohnsteueraußenprüfung durch das Finanzamt Angermünde gut bestanden
- . für die ca. 72 Mio. € Personalkosten, die für die Jahre 2009 – 2011 geprüft wurden, mussten nur 360 € Steuern nachgezahlt werden
- . das Bundesverwaltungsamt hat Kommunal-Kombi-Bereich geprüft im Amt für Beschäftigungsförderung und Freiwilligendienst
- . insgesamt 378 T€ wurden geprüft – Rückzahlung nur 83,- €
- . die sehr gute Arbeit der Stadtverwaltung Eberswalde wurde deshalb nicht nur vom kreislichen Rechnungsprüfungsamt, sondern nunmehr auch vom Finanzamt Angermünde und vom Bundesverwaltungsamt in Köln bestätigt
- . als Vorinformation teilt Herr Gatzlaff mit, dass nach den intensiven Verhandlungen mit dem Jobcenter davon auszugehen ist, dass nicht nur 50, sondern 60 Plätze für die Beschäftigungsförderung in 2013 genehmigt werden
- . somit könnten 3 Grünannahmestellen dauerhaft geöffnet werden
- . Vorschlag der Verwaltung: in Finow, Nordend und Cl.-Zetkin-Siedlung
- . auch die Bereiche Familiengarten, Veranstaltungsservice, Treidelwege und Stadtforst können mit berücksichtigt werden
- . Zustimmung des Fachverbandes Garten- und Landschaftsbau wird noch erwartet

- Frau Geissler

- . der Jahresabschluss konnte noch nicht fertiggestellt werden
- . ein Grund ist, dass es der erste doppische Jahresabschluss mit einigen Schwierigkeiten ist, so z. B. die Buchung der Fördermittel
- . die Kämmerei hat in den Ergebnishaushalt gebucht

- . andere Berater waren der Meinung, es müsste eine Umbuchung auf investive Auszahlungen vorgenommen werden – die Umbuchung erfolgte
- . das Rechnungsprüfungsamt der Stadt hat bei der Prüfung der Eröffnungsbilanz festgestellt, dass die erste Buchung im Ergebnishaushalt richtig war und damit die ursprüngliche Auffassung bestätigt
- . daraufhin erfolgt nunmehr eine erneute Umbuchung, die viel Zeit in Anspruch nimmt

TOP 7.1

Bericht des Geschäftsführers der TWE

- Herr Schaefer

- . gibt anhand einer Power-Point-Präsentation einen Bericht zur wirtschaftlichen Lage der Technischen Werke und zur Tochter, der Wirtschaftsförderungsgesellschaft GmbH (die Präsentation liegt dem Protokoll als **Anlage 2** bei)

Anfragen zur Präsentation:

- Herr Nerbe

- . fragt nach, wie ist die Attraktivität und das Preisniveau der noch zur Verfügung stehenden Flächen der WFGE?

- Herr Schaefer

- . die Grundstücke sind unterschiedlich bewertet
- . je nach Lage werden Gewerbeflächen von 14 – 16 € angeboten und andere von 8 – 14 €

- Herr Spenner

- . bezieht sich auf die 19 T€ im Minus für den Finowkanal-Park
- . abgesehen von der Gaststätte, wird der Kanuverleih gut angenommen?

- Herr Schaefer

- . für den Kanuverleih gibt es einen privaten Betreiber
 - . 2010 und 2011 ist er mit dem Ergebnis unzufrieden
 - . 2012 wird er entscheiden, ob er 2013 schließen wird
- . weiter gehören zum Finowkanal-Park der Bootsanlieger-Platz, der einen guten Zulauf hat und die Parkplatzbetreuung
- . leider kam es dort wiederholt zu Einbrüchen an den Kassenautomaten
- . 110 Dauerparker sind bisher zu verzeichnen
 - . mit dem Umzug des Jobcenters in die Bergerstr. sind wiederum Anfragen für Dauerparkplätze gestellt worden
 - . Preise: 2,- €/Tag und 22,- €/Monat

- Herr Spenner
 - . ist in der Gaststätte in den letzten 4 Monaten eine stabile Besucherzahl zu erkennen?

- Herr Schaefer
 - . eine Prognose kann erst ab Mai abgegeben werden
 - . Wintermonate sind für Gaststättenbetrieb allgemein nicht zufriedenstellend

- Herr Hafemann
 - . fragt nach, ob das Landesumweltamt eine Frist zur Schließung der Aschedeponie gesetzt hat?

- Herr Schaefer
 - . das Landesumweltamt hat keinen Termin vorgegeben
 - . TWE können selbst je nach finanziellen Möglichkeiten entscheiden
 - . THIMM-Verpackung erweitert Produktionsfläche und hat dafür Baumfällungen vornehmen müssen
 - . für Neuanpflanzungen konnten die TWE Anpflanzungsflächen zur Verfügung stellen

- Herr Triller
 - . lobt die umfassende Darstellung durch Herrn Schaefer
 - . ist auch nach der Präsentation von Herrn Schaefer der Meinung, dass grundsätzliche Entscheidungen durch den Aufsichtsrat notwendig sind
 - . und ein tragfähiges Sanierungskonzept erstellt werden müsste
 - . er ist der Meinung, den Bad- und Sportkomplex zu erhalten
 - . für den Rest müssten andere Lösungen gefunden werden
 - . die TWE sind Verwalter ehem. städtischen Eigentums, das ausgegliedert worden ist
 - . stellt folgende Fragen:
 1. Wie hoch war der Holzumschlag über den Hafen durch das HOKAWE?
 2. Das städtische Unternehmen TWE müsste den Weg zur Nahwärmeversorgung gehen, dadurch könnten ca. 1/3 Wärme gespart werden
 - . der Landrat hatte erklärt, durch HOKAWE würden die Fernwärmekosten um 10 % gesenkt, was Herr Triller durch Rücksprache mit Herrn Dr. Müller von der EWE für unzutreffend hält, zum jetzigen Zeitpunkt können dazu noch keine Aussagen getroffen werden
 3. Könnten sich die TWE von der Immobilie Gaststätte trennen, ohne dass Fördermittel zurückgezahlt werden müssten?
 4. Der Kaufpreis für die Anteile der Stadtwerke, die im Besitz der TWE waren, ist nach Auffassung des Richters im Prozess gegen Herrn Schulz Teil des Kaufpreises gewesen, Herr Schaefer hat jetzt die Aufgabe, Schadenersatzansprüche zu prüfen.
Herr Triller ist der Meinung, die Stadt hat eine Spende erhalten, die keine Spende war zu Lasten der TWE, diese müsste zurückgezahlt werden

Beantwortung durch Herrn Schaefer

Zu 1. Als 2005 gebaut wurde, war allen klar, dass zuerst die Wälder in einem Umkreis von ca. 70 km durchforstet werden, danach ist nicht mehr der LKW sondern der Transportweg Wasserstraße gefragt.

Zu 2. Herr Schaefer rechnet mit einer Reduzierung der Fernwärmekosten über 10 %

Zu 3. Da keine Bindung an die ILB mehr besteht, sind die TWE frei in ihrer Entscheidung

Zu 4. Im Dezember 2011 haben die TWE die Information erhalten

- . die Frist für die Untersuchungen endet am 31.12.2013
- . wer und ob jemand gegenüber den TWE Schadenersatzforderungen bzw. Rückzahlungen leisten muss, wird rechtlich geprüft

- Herr Gatzlaff

- . teilt mit, dass die Stadt nicht in der Lage ist, ein Sanierungskonzept, so wie Herr Triller es wünscht, zu erstellen
- . sich von der Gaststätte und vom Hafen zu trennen, wird nicht die wesentlichen Einspareffekte bringen
- . der Sportkomplex kann nicht kostendeckend betrieben werden
- . die Stadtverordneten haben das Bekenntnis abgegeben, dass das „baff“ weiter betrieben werden soll und Finanzierungsmöglichkeiten zu finden
- . derzeit besteht nur die Möglichkeit, den Verlust durch die Stadt auszugleichen
 - . mit einem Betrag von 100 T€ jährlich soll in 2012 begonnen werden
- . anhand der Präsentation von Herrn Schaefer war zu erkennen, dass die Stadt Eberswalde mit ihren Töchtern einen Beitrag für die Region leistet

- Herr Triller

- . stellt die Frage, warum im elektronischen Bundesanzeiger nicht die Gewinn- und Verlustrechnung der TWE steht?

- Herr Schaefer

- . der Jahresabschluss der TWE steht im elektronischen Bundesanzeiger, dazu sind die TWE verpflichtet

TOP 7.2

Information zum Stand der Vollstreckung

- Herr Gatzlaff

- . stellt Herrn Jan Kielblock als neuen Leiter des Vollstreckungsbereichs vor

- Herr Kielblock gibt anhand einer Power-Point-Präsentation, die als **Anlage 3** dem Protokoll beigefügt ist, einige Informationen zum Stand der Vollstreckung

- Herr Gatzlaff
 - . möchte abschließend bemerken, dass er mit der Arbeit der Vollstreckungsabteilung sehr zufrieden ist

- Herr Passoke
 - . interessiert, ob die Parkkralle und der Ventilwächter bisher angewendet wurden?

- Herr Kielblock
 - . bisher wurden beide noch nicht angewendet
 - . der Vollstreckungsabteilung sind die rechtlichen Probleme bekannt
 - . die Möglichkeit besteht auch nur in enger Zusammenarbeit mit der Straßenverkehrsbehörde des Landkreises

TOP 7.3

Information zu Ziele/Kennzahlen (welche Möglichkeiten?)

- Dieser Punkt wurde in Abstimmung zur Tagesordnung von der Tagesordnung genommen und wird in der nächsten Sitzung behandelt

TOP 8

Informationsvorlagen

- keine

TOP 9

Anfragen u. Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten u. sachk.Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP u.den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

- Herr Wrase
 - . stellt die Frage, ab wann die Grünannahmestellen besetzt werden?

- Herr Gatzlaff
 - . ein genauer Termin steht noch nicht fest, da Antrag noch in Bearbeitung
 - . Ziel der Besetzung der Grünannahmestellen ist der 1. Juli 2012

- Herr Zinn
 - . bittet um Informationen zur Besetzung Schulsekretärin Schwärzesees und Einstellung des Sozialarbeiters

- Herr Gatzlaff
 - . Schulsekretärin kann ihre Arbeit aufnehmen, Arbeitsvertrag ist unterzeichnet

 - . Sozialarbeiter ist eingestellt, zu seiner Arbeit kann aufgrund der Kürze der Zeit noch nichts gesagt werden

- Herr Morgenroth
 - . fragt nach, ob sich die Verwaltung für einen Doppelhaushalt 2013/2014 entscheiden konnte?

- Herr Gatzlaff
 - . Stadtverwaltung hat die Anregung des Finanzausschusses aufgenommen
 - . es ist vorgesehen, im November den Stadtverordneten einen Doppelhaushalt 2013/2014 vorzulegen
 - . die mittelfristige Finanzplanung geht dann bis 2017

- Herr Passoke
 - . fragt nach dem Stand der Eröffnungsbilanz

- Herr Gatzlaff und Frau Geissler
 - . Eröffnungsbilanz liegt dem Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung vor und wird parallel zum Jahresabschluss geprüft
 - . Prüfung ist grundsätzlich durchgeführt
 - . Mängel und Veränderungen, die erkennbar sind, werden geändert
 - . Termin der Fertigstellung definitiv erst nach der Sommerpause

TOP 10

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 10.1

Vorlage: BV/760/2012

Einreicher

zuständige Dienststelle: 20 - Kämmerei

Satzung zum Bürgerhaushalt der Stadt Eberswalde

- Herr Spenner
 - . ist nicht einverstanden mit dem geplanten Betrag für kurzfristige Maßnahmen in Höhe von 50 T€, mindestens 100 – 150 T€ müssten für Bürgerhaushalt eingestellt werden

- Herr Zinn

- . bemängelt die Zeitschiene (Seite 4 von 4)
- . in den Einwohnerversammlungen soll u. a. das Thema Bürgerhaushalt mit auf die Tagesordnung – was soll nach dieser Zeitschiene in den Einwohnerversammlungen vermittelt werden?
- . er schließt sich der Meinung von Herrn Spohner an, dass 50 T€ bei Weitem nicht ausreichen, er schlägt vor, 200 T€ einzuplanen
- . ihm fehlt in der Satzung die Vorgabe einer Richtung durch die Verwaltung
- . Seite 1 von 3 der Satzung ist nur die postalische Anschrift angegeben
- . er vermisst die elektronische Anschrift

- Herr Gatzlaff

- . wenn mehr Geld für den Bürgerhaushalt eingestellt werden soll, muss auch entschieden werden, woher dieses kommen soll
- . die Bürger sollen über den Einsatz des Budgets allein entscheiden ohne Vorgaben
 - . Ziel soll sein, jeder Vorschlag, der denkbar und finanzierbar in der Realisierung ist, wird umgesetzt nach der Gewichtung, die die Bürger vorgeben
 - . es besteht auch weiter das Angebot der Verwaltung, wenn Vorschläge nicht realisiert werden können, prüft die Verwaltung, ob im Haushalt noch Mittel zur Verfügung stehen
 - . selbstverständlich können die Bürger jede Möglichkeit nutzen, um ihre Vorschläge einzureichen, ob schriftlich, mündlich, per Fax oder als E-Mail

- Herr Hoeck

- . bemängelt die Vorschlagsfrist im § 4 von mindestens 4 Wochen
- . er schlägt eine 8-Wochen-Frist vor

- Herr Passoke

- . unterstützt die Vorschläge einer Verlängerung der Vorschlagsfrist, Veränderung der Zeitschiene sowie eine Erhöhung der 50 T€
- . er schlägt vor, jährlich eine Überprüfung und Anpassung der Satzung vorzunehmen (entweder in die Satzung mit aufnehmen bzw. als Protokollvermerk)

- Herr Wrase

- . ist ebenfalls für eine Erhöhung auf 100 T€
- . Panketal hat 50 T€ eingestellt mit der Hälfte der Einwohner von Eberswalde
- . das Geld könnte von den Gewerbesteuererhöhungen genommen werden

- Herr Gatzlaff

- . mit der Frist ist gemeint: von der Veröffentlichung bis zum Tag der Abstimmung sind es mindestens 4 Wochen
- . die Verwaltung ändert auch auf 8 Wochen
- . das zusätzliche Geld von den Gewerbesteuererhöhungen zu nehmen, sollte

nochmals überdacht werden, zumal für den Tarifabschluss zusätzliche Mittel benötigt werden

- . nur wenn **dauerhaft** mehr Einnahmen zur Verfügung stehen, kann dauerhaft ein höherer Betrag in der Satzung festgeschrieben werden
- . er weist auf das Beispiel Eisenhüttenstadt mit einem jährlichen Defizit von 6 Mio € hin
- . er schlägt vor, im § 2 50 T€ als Mindestbetrag zu belassen und später, je nach Haushaltsentwicklung, einen Mehrbetrag bereitzustellen

- Herr Sponner

- . weist darauf hin, dass bereits festgelegt wurde, dass die Bürger ganzjährig Vorschläge einreichen dürfen
- . mit einer richtigen Planung könnte der Betrag von 50 T€ erhöht werden

- Frau Dr. Kirschstein

- . wenn dringende Maßnahmen (z. B. defekte Straßenlampen) durchgeführt werden müssen, sollte man zusätzliches Geld aus dem Haushalt der kommenden Jahre nehmen

- Herr Gatzlaff

- . das Geld für Bürgerhaushalt kommt aus dem Ergebnishaushalt, er ist der Maßstab
- . wenn der Bürger eine Investition haben möchte, würde es sich auf die Folgejahre verteilen

- Herr Triller

- . bemängelt, dass Herr Gatzlaff nach jedem Beitrag seine Meinung äußert
- . nach seiner Meinung müsste er sich ebenfalls einordnen und erst wenn alle Stadtverordneten ihre Meinung gesagt haben, könnte er zusammenfassend seine Meinung äußern

- Herr Passoke

- . erklärt Herrn Triller, dass der Verwaltung laut Geschäftsordnung jederzeit Rederecht einzuräumen ist

- Herr Gatzlaff

- . mit Blick auf ein kooperatives Miteinander erklärt er Herrn Triller, dass er sich stets an den Ausschussvorsitzenden wendet, um Rederecht zu erhalten
- . um die Zeit der Diskussion zu verkürzen, gibt Herr Gatzlaff nach jeder Frage eine Antwort, ansonsten müssten alle Fragen nochmals wiederholt werden
- . wenn es gewünscht ist, hat Herr Gatzlaff auch kein Problem damit, zum Schluss der Diskussion zu antworten

- Herr Passoke

- . weist Herrn Triller darauf hin, wenn er sich zur Änderung der Geschäftsordnung meldet, muss er einen Antrag stellen

Herr Triller stellt den Antrag:

„Wenn Herr Gatzlaff seine Begründung zur Vorlage abgegeben hat, dann haben alle dazu Rederecht und sagen ihre Meinung. Anschließend sagt Herr Gatzlaff, was er davon in seine Vorlage aufnehmen will oder nicht.“

Herr Passoke fragt nach, ob es eine Gegenrede gibt?

- Herr Spenner

- . man sollte dem Verwaltungsdezernenten das Recht einräumen, auf Anfragen sofort zu antworten
- . so erledigen sich von vornherein einige Diskussionsbeiträge

Herr Passoke bittet um Abstimmung des Antrages von Herrn Triller

Abstimmung: 1 Ja
8 Nein

Somit ist der Antrag von Herrn Triller mehrheitlich abgelehnt

- Herr Nerbe

- . stellt zum § 1 „Einreichung von Vorschlägen“ die Frage, ob die Bürger die Möglichkeit haben, zum allgemeinen Haushalt Vorschläge einzureichen?

- Herr Gatzlaff

- . erklärt nochmals, dass Bürger das ganze Jahr Vorschläge einreichen dürfen
- . die Art der Vorschläge wird nicht beschränkt
- . im § 4 sind 4 Wochen als Vorschlagsfrist vorgeschlagen, das ist die Zeit zwischen Veröffentlichung und Entscheidung; die Verwaltung hat auch mit 8 Wochen kein Problem
- . die Vorschläge, die nicht im Rahmen des Bürgerhaushaltes realisiert werden, wird die Verwaltung trotzdem prüfen, ob eine Umsetzung im Rahmen des Haushaltes möglich wäre
- . Ziel soll eine breite Bürgerbeteiligung sein
- . im Rahmen des formalen Verfahrens beim Bürgerhaushalt werden nur die Vorschläge von den Anwesenden umgesetzt, die mehrheitlich abgestimmt wurden

- Herr Nerbe

- . stimmt zu, dass in § 3 „Vorschlagsrecht“ die Erweiterung per E-Mail, Fax usw. mit eingefügt wird und befürwortet die Erweiterung der Vorschlagsfrist von 4 Wochen auf 8 Wochen
- . hätte gerne ergänzt im § 6 (1), dass eine Ankündigung der Veranstaltung erfolgen soll

(analog § 4)

- Herr Gatzlaff

- . erklärt, dass selbstverständlich mit der Veröffentlichung zur Einreichung der Vorschläge auch die Veranstaltung mit veröffentlicht wird (es ergibt sich aus dem § 4)

- Herr Zinn

- . bezieht sich auf § 7 – da nicht alle Bürger das Amtsblatt lesen, sollte man über eine weitere Information für die Bürger nachdenken
- . bittet darum, im § 8 „zeitnah“ näher zu definieren

- Herr Gatzlaff

- . die Bürger können sicher sein, auch wenn nicht alle das Amtsblatt lesen, dass es eine breite Veröffentlichung in Presse, Rundfunk usw. geben wird (analog der Veranstaltung am 02.02.2012)
- . „zeitnah“ deshalb, weil die Bürger damit erkennen sollten, dass die Verwaltung sich so schnell wie möglich um die Umsetzung ihrer Vorschläge bemüht

- Herr Morgenroth

- . bezieht sich auf die Äußerung, dass die Haushaltsplanung abzuwarten ist, was seiner Meinung nach nicht richtig ist
- . im Haushalt ist die feste Summe 50 T€ eingeplant, somit könnte man erst im Januar 2013 über den Bürgerhaushalt entscheiden

- Herr Gatzlaff

- . der Zeitpunkt ist völlig variabel

- Herr Kuchenbecker

- . nach seinen Erfahrungen wollen die Bürger vernünftige Geh- und Radwege sowie Straßen
- . wenn der Bürgerhaushalt dazu genommen werden soll, dann muss die Summe von 50 T€ natürlich erhöht werden

- Herr Hafemann

- . berichtet aus der Sitzung des Seniorenbeirates
- . sie hätten gerne Vorgaben, so dass sich die Vorschläge nicht mit der Investitionsplanung der Stadt evtl. überschneiden
- . die Umsetzung vieler Vorschläge scheitert bereits an der bescheidenen Summe von 50 T€, somit wird das Interesse der Bürger nachlassen

- Herr Prof. Creutziger

- . hat einige Verständnisfragen, die Herr Gatzlaff sofort erläutert
- . u. a. wer die Moderation für die Abstimmungsveranstaltung übernehmen wird

- Herr Gatzlaff
 - . die Verwaltung wird die Vorbereitungen analog dem 02.02.2012 übernehmen
 - . sollte niemand die Moderation übernehmen, ist Herr Gatzlaff bereit dazu

- Herr Triller
 - . bemängelt, dass nach der Veranstaltung am 02.02.2012 in der Finanzausschusssitzung von der Fraktion „Die Fraktionslosen“ ein Vorschlag zur Gestaltung einer Satzung zum Bürgerhaushalt abgegeben wurde und darauf bisher noch kein Bezug genommen wurde
 - . er ist der Meinung, dass man durchaus nach der alten Satzung nach Beseitigung kleiner Mängel weiter hätte arbeiten können
 - . mit der neuen Satzung würde man sich für die Variante Bürgerbudget entscheiden, damit ist Herr Triller nicht einverstanden
 - . für ihn sind die 50 T€ ebenfalls viel zu wenig
 - . Eberswalde ist für ihn in Fragen Demokratie grenzwertig

- Frau Dr. Kirschstein
 - . fragt nochmals nach, ob nicht die Möglichkeit besteht, für Maßnahmen Mittel aus den anderen Jahren zu nehmen und andere zurückzustellen und den Bürgerhaushalt damit zu erhöhen

- Frau Geissler
 - . man kann aus dem Bürgerbudget, was aus dem Ergebnishaushalt gespeist wird, auch Investitionen machen und vorziehen, das ist richtig
 - . man spart investive Mittel, die im anderen Jahr für Investitionen eingesetzt werden müssen
 - . das Bürgerbudget in dieser Variante ist unbegrenzt und steht auch für Verwaltungsaufgaben zur Verfügung
 - . die eingesparten investiven Mittel können dafür nicht verwendet werden

- Herr Gatzlaff
 - . erklärt zusätzlich, dass die Verwaltung keinen Vorschlag für einen Bürgerhaushalt macht
 - . es gibt den normalen Haushalt, jeder Bürger hat in jedem Ausschuss Beteiligungsmöglichkeiten und kann dort Vorschläge einbringen
 - . nach der Vorstellung der einzelnen Varianten am 02.02.2012 sowie am 15.03.2012 im Finanzausschuss hat die Verwaltung in Auswertung mit den anwesenden Bürgern, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern die Entscheidung einer leicht nachvollziehbaren Variante entgegengenommen und danach die Satzung erarbeitet
→ so hatte sich der Finanzausschuss am 15.03.2012 mehrheitlich geäußert

- Herr Hoeck

. bemängelt ebenfalls den § 4 „Vorschlagsfrist“

Absatz (1) ist falsch formuliert, dieser müsste gestrichen werden und dafür „die Bürger können ganzjährig Vorschläge einreichen“ eingesetzt werden

Absatz (2) müsste „beträgt mindestens 4 Wochen“ gestrichen werden und dafür müsste eingesetzt werden „Die Vorschlagsfrist endet vor der öffentlichen Veranstaltung zur Abstimmung über die eingereichten Vorschläge, so dass die Verwaltung die Zeit hat, die Vorschläge zu prüfen und zu würdigen“

- Herr Gatzlaff

Im Ergebnis der Diskussion sollen am Vorlagetext redaktionelle Änderungen vorgenommen werden, so dass der Finanzausschuss sich auf Vorschlag der Verwaltung im Juni mit der Vorlage nochmals befassen wird und die Beratungsfolge dementsprechend angepasst wird.

Bis zum 07.06.2012 schicken alle Fraktionen ihre Änderungswünsche an die Verwaltung

TOP 10.2

***Errichtung eines Nahwärmesystems im Zoo - Genehmigung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln**

BV/775/2012

- Herr Sponner

. für ihn ist es nicht nachvollziehbar, dass innerhalb so einer kurzen Zeit über eine Vorlage in dieser Höhe entschieden werden muss

. dieses Problem kann nicht kurzfristig entstanden sein

Für nähere Erläuterungen stellt Herr Passoke die Nicht-Öffentlichkeit her

Die Öffentlichkeit wird wieder hergestellt und Herr Bessel erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation, die als **Anlage 4** beigefügt ist, die derzeitige Situation im Zoo und die Dringlichkeit der Beschlussvorlage.

- Herr Dr. Hensch

. erläutert ebenfalls aus seiner Sicht die Situation

- Herr Passoke

. der Zoobeirat hat sich für eine Unterstützung ausgesprochen

. es ist eine Notsituation und der Zoo muss bis 01.10.2012 wieder beheizbar sein

. die Stadt muss entscheiden, ob sie die Kosten aufbringen will

- Herr Nerbe
 - . wird dem Antrag nach den konkreten Ausführungen von Herrn Bessel zustimmen

- Herr Hafemann
 - . können Schadenersatzansprüche geltend gemacht werden?

- Herr Gatzlaff
 - . die Stadt hat sich rechtlichen Beistand geholt und versucht, Schadenersatz zu fordern
 - . zum heutigen Zeitpunkt kann dazu noch keine weitere Aussage gegeben werden

- Herr Morgenroth
 - . existieren noch weitere Verträge mit der Firma?

- Herr Bessel
 - . ja, es besteht noch ein Wärmeliefervertrag – daraus resultierend ein Stromliefervertrag und ein Mietvertrag für den Heizraum

 - . von der Stadt wurde der Hauptvertrag gekündigt, in der Annahme, dass alle anderen Verträge ebenfalls damit gekündigt sind, was aber nicht der Fall war
 - . dafür wurde bereits eine Lösung gefunden

- Herr Triller
 - . sieht die Dringlichkeit und ist dafür, dass es zügig weiter geht

- Herr Prof. Creutziger
 - . gibt es beim Bau der neuen Anlage noch Berührungspunkte mit der alten Heizungsanlage?

- Herr Bessel
 - . ein Konfliktpunkt wird die Fußbodenheizung bei den Krokodilen werden, da diese nicht ausgebaut wird
 - . neue Heizkörper werden nicht an jeder Stelle angebaut werden können, also müssen teilweise die alten abgebaut werden

- Herr Scheffter
 - . er hat Verständnis für die Notsituation und wird der Vorlage auch zustimmen
 - . fragt sich aber, wie über einen so langen Zeitraum so ein fragwürdiger Vertrag existieren konnte?
 - . wer trägt dafür die Verantwortung?

- Herr Passoke

. schlägt vor, das Zustandekommen des Vertrages zu einem späteren Zeitpunkt von der Verwaltung dargelegt zu bekommen und bittet um Abstimmung der Vorlage

Beschlussvorschlag:

Der Finanzausschuss befürwortet nachfolgenden Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss bewilligt überplanmäßige Auszahlungen i. H. v. 413.400 € für die kurzfristige Installation eines Heizungssystems, bestehend aus Heizzentrale, Nahwärmenetz und Gebäudeinstallationen, im Zoo.

Abstimmung: mehrheitlich befürwortet

gez. Passoke
Vorsitzender des
Finanzausschusses

gez. Blankenburg
Schriftführerin

Sitzungsteilnehmer/innen:

- **Vorsitzender**
Volker Passoke
- **Stellvertreter des Vorsitzenden**
Conrad Morgenroth
- **Ausschussmitglied**
Jürgen Kumm entschuldigt
Nicky Nerbe
Knuth Scheffter
Eckhard Schubert vertreten durch Herrn Kuchenbecker
Gottfried Sponner
Götz Trieloff vertreten durch Herrn Hoeck
Albrecht Triller
Ringo Wrase
- **sachkundige Einwohner/innen**
Prof. Johannes Creutziger
Volkmar Grätsch entschuldigt
Eckard Hafemann
Dr. Elvira Kirschstein
Martin Mischel
Mike Pfister
Christoph Scholz
Werner Voigt
- **Ortsvorsteher/in**
Karen Oehler
Carsten Zinn anwesend von 18:00 - 20:45 Uhr
Arnold Kuchenbecker
- **Dezernent/in**
Bellay Gatzlaff
Lutz Landmann
- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**
Renate Geissler
Dr. Bernd-Juergen Hensch
Jan Kielblock
Edmund Lenke
Lars Stepniak

